

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontos: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagskontos:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Eick, Chemnitz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Veringerungen mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibzeitung: Wetzlarplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wetzlarplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 8 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 60 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 91

Dresden, Montag den 20. April 1925

36. Jahrg.

Der Bürgerkrieg in Bulgarien

Von Hermann Wendel

Dienstag vormittag: Ueberfall einer bewaffneten Bande auf den in der Umgebung von Sofia autofahrenden König und leuchtendes Generalat. Dienstag abend: Ermordung des Abgeordneten Generala a. D. Kosta Georgijew auf offener Straße der Hauptstadt. Mittwoch vormittag: Explosion einer Maschinenfabrik in der Sofiaer Kathedrale bei einer Leichenfeier für den Getöteten. — Was steht für den Rest der Woche auf dem Programm? Auch wer nicht Brodeln in Wahrheit schon seit zwanzig Monaten durch seine Geize, seit jenem 9. Juni 1923, an dem die Offiziersliga und die „Mazedonierenden“ die Bauernregierung Stamboljiski mit Werd und Brand mischten und das Regime Cankow auf den Schild erhoben.

Mit dem seinerzeitigen Herrschaftsantritt der Bauernpartei war das politische Leben in Bulgarien weit nach links ausgeschlagen. In dem überwiegend kleinbäuerlichen Land trug die Mehrzahl der Massen nach dem verbreiteten ungeschickten und unheilvoll geendeten Kriege Stamboljiski zur Macht empor. Er mußte sie gründlich in Sinne einer Diktatur des flachen Landes über die Stadt aus, denn sein „Landwirtebund“ gehört zu den auch in Südschweden, Polen und der Tschechoslowakei beherrschenden bäuerlichen Massenorganisationen, die es schroff abgrenzen zu den bürgerlichen Parteien zu zählen und sich antipathisch nicht nur abzuwenden. Heles von dem, was Stamboljiski mit einer Faust durchführte, war demokratisch richtig und sozial wohltätig, vieles auch reine Bläseerei und ein Demagogie für jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Aber was sich am 9. Juni 1923 gegen ihn erhob, war nicht die Einsicht, daß im 20. Jahrhundert in keinem Lande mehr eine gegen die andern Gesellschaftsklassen gerichtete Bauernherrschaft möglich ist, sondern das geschädigte bourgeoise Profitinteresse und der rebellenhafte nationale Chauvinismus. Zwar wies sich die Regierung Cankow ursprünglich als demokratisches Mäntelchen an, aber ihre Parteienkombination den Namen „Demokratische Gemeinschaft“ und verlor sogar die Sozialdemokraten in ihr Lager zu ziehen. Aber bald enthielt sie sich unter der Führung für „Ruhe und Ordnung“ sorgen zu müssen, als reines Konsumenteninteresse. Nicht mit Unrecht hat Vandenbergh bei einer Reise durch Bulgarien dieses Regime eine Nachahmung des Sozialismus genannt: wie nie zuvor schlug das Volk nach rechts aus. Der September 1923 gab die erste große Gelegenheit zu radikaler Abrechnung mit allen, die der neuen Diktatur widerstrebten: die Niederschlagung eines zum Teil provozierten Aufstandes der Kommunisten und Bauernpartei entsetzte einen weichen Schrecken, wie er selbst in Ostaustralien unbekannt war: auf 18000 wurden die Opfer dieser blutigen Wochen beziffert. Was „Ruhe“ auch in der Folge nicht alles im Gefolge wurde, „auf der Nacht“ erschloffen, von „Unbekannten“ getötet — frühere Minister, Abgeordnete, Journalisten, Advokaten, Lehrer, Geistliche! Damit nicht genug, traf die Nordwestgegendener Juden in der unständlichen Emigration weinende Führer der Bauernpartei — Tassalovs Ermordung in Prag ist das bekannteste, doch bei weitem nicht das einzige Beispiel —, innerhalb der Diktatur der „Mazedonierenden“ rotteten sich Gegner und Anhänger der Regierung mit Brownung und Bombe aus, und das Abschieben kommunistischer Abgeordneter wurde in letzter Zeit in Sofia geradezu als Sport betrieben — eine „Ordnungszelle“ wahrhaftig ist das Bulgarien Cankows geworden!

Als bei den Novemberwahlen von 1923, allerdings unter Ausnutzung des von Stamboljiski verschlechterten Wahlrechts, die „Demokratische Gemeinschaft“ von 247 Sitzen im Februar 1924 eroberte und auf die Unterstützung der Sozialdemokraten und der 8 Nationalliberalen rechnen konnte, sah Cankow die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Anzumerken sind außer den Sozialisten und Liberalen Teile der Demokraten unter Malinow und der Radikalen unter Kosturkow aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Je schärfer seine parlamentarische Grundlage wurde, desto unbedingter mußte sich das „Professoren- und Generalsministerium“ Cankow an die Offiziersliga und „Mazedonierende“ anlehnen. Je größerer Einfluß diese reaktionären und nationalistischen Verbände auf die Regierung bekamen, desto schonungsloser wütete der antichristliche Terror gegen die politische Andersdenkenden. Je gewalttätiger über die Volksmasse mit Ruten geschrien wurde, desto erbitterter leistete ihr Widerstand auf. Wirtschaftliches Elend und politische Trug trugen die Schuld, daß sich Hunderte und Tausende „in die Berge“ flüchteten und von dort den Kleinstkrieg gegen die herrschenden Gewalttätigen führten; über ganze große Bezirke wurde der Besatzungsstand verhängt, da das Vandalen- und Mordwesen sich unheimlich forcierte. Wenn bei den Wahlen von 1924 die Bauernpartei von einer Million abgegebener Stimmen über die Hälfte auf sich vereinte, so haben auch heute noch ihre Anhänger zahlreich im Lande, um doch auch in ihrer Emigration in Südschweden neuerdings eine Spaltung sichtbar wird, seitdem diese im Ausland lebende Fraktion als

Generalkommando die Bewegungen der Partei. Aber auch die Kommunisten, für die im April 1923 fast jeder fünfte Wähler stimmte, spielen keine geringe Rolle. Was für ein Volk Bulgarien als geeignetes Feld betrachtet, um nicht nur den Balkan in die Luft zu sprengen; im Vorwort des dritten Bandes seiner Gesammelten Werke gesteht Trotski von den bulgarischen Septemberereignissen des Jahres 1923 ganz unüberhöhlend: Die bulgarische Revolution sollte der Auftakt für die deutsche Revolution werden. Der lange Arm der Dritten Internationale wird denn nicht grundlos von den Machthabern in Sofia geführt, um das sie mit Gewalt jede Aufschwung gegen ihr Regime zu verhindern und Bauernpartei und Kommunisten mit Gewalt antworten, blutet unter der verwerflichen Anwendung von Gewalt haben und Gewalt drücken das unglückliche Land aus tausend Wunden. Der letzte Schlag der Spitze Cankows war ein vom Sobranje im März angenommenes „Nahmegeleit“, das den wütenden Terror gegen die unbedingte Opposition mit dem Heiligenschein der Legalität umkleidet, und der Minister des Innern, General Rusev, hat schon ein neues Polizeigesetz auf der Platte, von dem unser Sozialer Parteiblatt Narod sagt, daß es auch die elementarsten Grundgesetze der Demokratie im öffentlichen Leben auszurollen bestimmt sei. Wie wenig diese Maßregeln fruchten, zeigen die Begebenheiten der letzten Tage. Cankow sitzt auf den Bräunnetten, aber das Chaos droht Bulgarien zu verschlingen.

Der Ausweg aus diesem Unheil? Auf dem Papier ist er nicht schwer zu weisen. Eine Regierung des „linken Blocks“, wie sie von Sozialisten, Demokraten und Radikalen angestrebt wird und von einem Teil der Bauernpartei unterstützt würde, müßte durch wirklich unbedingte, freie Wahlen den Willen des Volkes feststellen, das sich nach Weltkrieg und Bürgerkrieg der Ruhe mehr als bedürftig, ohne Zweifel gegen den Terror in jeder Form ausspricht. Die nächste Etappe wäre die schon von Stamboljiski begonnene Arbeit für die Angliederung Bulgariens an den südslawischen Staat, denn wie Serben, Kroaten und Slowenen sind die Bulgaren Südslawen und von ihnen allein lassen sich die mannigfachen Leiden des Landes nicht beheben. Vor allem verdrängen mit dem Zusammenstoß Bulgariens und Südslawiens in dieser oder jener Gestalt die mazedonische Frage, die durch die „Mazedonierenden“, jene Vandalenkämpfer und -entwürger, die aus der „Befreiung Mazedoniens“ einen Verriß oder auch nur ein Geißel machen, die innere Politik Sofias mit eitrigen Zerwürfen belasten. Aber da im Leben der Völker selten die Vernunft entscheidet und in Bulgarien die verschiedensten Machtinteressen verknäueln und die politischen und sozialen Leidenschaften bis zur Tollwut aufgeheizt sind, wird es in der kommenden Zeit noch überaus heftig hergehen. Doch sicher ist, daß der latente Bürgerkrieg, wie bisher nicht mehr lange zu dauern vermag.

Marr in Dresden

Wie zu erwarten war, geschloß sich die Dresdner Marx-Veranstaltung am Sonntag im Circus zu einer gewaltigen republikanischen Kundgebung. Um die enormen Kosten einer solchen Veranstaltung zu decken, hatte der Republikanische Reichsbund als Einbehalter mehrere Tausend Plätze für Eintrittspreis reserviert. Bereits am Donnerstag waren fünftausend Karten ausverkauft. Der Beginn der Veranstaltung war für 8 Uhr angesetzt — um 7 Uhr mußte schon abgebrochen werden. Tausende stauten sich vor dem Saale der Hauptstadt. Die Polizei konnte den Andrang nur mit Mühe abwehren. Vor dem Circus wurde der Präsidenten-Kreislauf des Reichsbundes von einer Fahnenabteilung des Reichsbanners Schwarzes-Rot-Gold emporgetragen und in den Circus geleitet. Das Haus der Hauptstadt begrüßte den Vertreter der Bauernpartei mit starkem Beifall.

In seiner Rede betonte Marx mehrfach seine grundsätzliche republikanische Einstellung. Ueberall, wo er den demokratischen, demokratischen und sozialen Standpunkt mit besonderer Deutlichkeit herausarbeitete, unterstrich die Veranstaltung diese Verbindungen mit Beifall und lebhafter Zustimmung und als er es als eine „schamlose Verleumdung“ erklärte, daß er in einem Dresdner Blatt der Beginn einer separatistischen Strömung verdächtigt worden sei, bewies die Versammlung durch lebhafteste Zustimmung, wie sie die gegnerische Agitation einwickelt.

Während Marx die in Dresden sprach, hatten Draußen noch immer Hertaufzüge, an die sich der demokratische Landtagsabgeordnete Rostner mit einer längeren Ansprache wandte. Nach seiner Zirkelrede trat auch Marx auf den Balkon hinaus und fixierte den Vorredner seine Stellung zu den Fragen der Zeit.

Die Kundgebung war eine der gewaltigsten Versammlungsdemonstrationen, die wir in Dresden erlebt haben.

Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden des Republikanischen Reichsbundes, des Ministerialrats Genossen Ristau, ergriff selbst, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort

Reichskanzler a. D. Marx,

der etwa folgendes ausführte:

Es handelt sich bei der Wahl um politische Ziele, und es ist eine Verleumdung der Sache, wenn man meint, der Reichspräsidenten am besten aus Ansehen nehmen zu können, die sich nicht ihren eigenen Worten wieder nicht um Politik gekümmert haben. Das Volk würde einen solchen Textum sehr bald in beherzelter Weise spüren müssen, besonders ein Volk wie das deutsche, das nach dem verlorenen Kriege besonders einer noch politischer Grundfragen handelnden Leitung bedarf.

Meine politischen Grundzüge ergeben sich aus meiner Lebensarbeit und aus der Gemeinschaftsarbeit der Parteien, die meine Wahl dem Volke vorschlugen. Als Ziel meiner Politik betrachte ich die Erhaltung des Reiches als Reichseinheit.

Mit größter Enttäuschung muß ich es als eine schamlose Verleumdung zurückweisen, wenn heute in einem Dresdner rechtsstehenden Blatt die Behauptung aufgestellt wird, ich sei geneigt, irgendwelchen separatistischen Bestrebungen Vorschub zu leisten.

Wir hätten den Weltkrieg und die Ertragsverluste von Jahrhundertern erst dann endgültig verloren, wenn wir uns weichen ließen, in den Krieger zu verfallen, den unsere Vorfahren nach dem Dreißigjährigen Krieg: machen, nämlich das Einzelrecht über das Recht der Gesamtheit zu stellen. Meine Arbeit gilt der Festmachung Deutschlands nach außen. Soweit meine Kräfte reichen, soll

Deutschland wieder ein freies, gleichberechtigtes Volk unter den andern Völkern

Autos und der Erde sein. Ich betrachte den Gedanken der Selbstbestimmungsrechte der Völker. Wir wollen die Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Kriege übernommen haben, erfüllen. Soweit unsere Kraft reicht, wollen wir diese Lasten tragen, aber wir wollen auch als gleichberechtigte Nation betrachtet und behandelt werden. Als Volk haben wir unsere Ehre, unsere Freiheit nicht geringer, als andre Völker ihre Ehre und Freiheit. Ja, als ein Volk, das einen Weltkrieg verloren, haben wir ein Recht, in unserm Erbgefühl empfindlicher, feinfühler zu sein als die Siegerländer, für die der Erfolg nicht und arbeitet. Wir sind zur offenen Gemeinschaftsarbeit im Völkerbunde bereit, aber wir können dafür keine Bedingungen anerkennen, die uns nicht auferlegt werden. Wenn der deutsche Völkerbund, die deutsche Republik sich nicht so gefügt hat, wie es wünschenswert ist, dann mögen die westlichen Völker sich einmal überlegen, inwiefern sie dann wirtschaftlich sind, inwiefern sie den Gegnern des deutschen Völkerbundes, den Anhängern des alten Regimes, in die Hände gearbeitet haben durch die Behandlung, die sie Deutschland auferlegt. Das möge man besonders in Frankreich bedenken. Wir wollen mit Frankreich in Frieden leben. Dieser Friede kann aber nur bestehen und dauern auf dem Wege gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.

Meine Arbeit gehört der Freimachung der Rheinlande, meiner Heimat. Für dieses Ziel muß das ganze deutsche Volk eintreten. In dieser Hinsicht bedauere ich, daß noch immer die rührer Jone nicht frei ist von fremdländischer Besetzung. Eine langandauernde Besetzung fremder Landteile ruft neue Spannungen hervor. Der Versailler Vertrag legt uns nicht nur Pflichten auf, sondern gibt uns auch Rechte; und wir haben ein Recht, die Räumung zu fordern.

Meine Lebensarbeit gehört der Wiedererrichtung einer gesunden deutschen Wirtschaft. Zur Wirtschaft gehören alle Arbeitenden in Deutschland: die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Techniker, die Arbeiter, die Landwirte, der Mittelstand und alle andern. Ich habe ein unerschütterliches Vertrauen in die Leistungskraft und den Ehrgeiz der beiden großen Produktionsstände, der Unternehmer und der Arbeitnehmer.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht gesunden auf Kosten einer verarmten Arbeiterschaft.

Sie kann auch nicht gesunden durch Erbschütterungen der deutschen Internationals, beide müssen leben, schaffen und arbeiten. Beide haben Anspruch auf den Lohn des Staates. Der Staat hat für Ordnung und Ruhe zu sorgen. Er hat auch für eine gute moderne Handelspolitik, für eine moderne Sozialpolitik, für eine wohlhabende Steuerpolitik zu sorgen, die die Lasten gerecht verteilt. Er muß eine gesunde Währung erhalten. Er muß der Wirtschaft helfen, neue, erdreichere Arbeitsmethoden zu finden, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt sichern, die die Zahlung ausländischer Löhne ermöglichen und dann noch genug übrig lassen, um die Ansammlung von neuem Verfalls- und Sparkapital sicherzustellen.

Das, was hier als Programm aufgestellt wurde, ist nur möglich.

wenn ein neuer Gemeinschaftsgeist im deutschen Volk

herrscht. Wir sind spät, sehr spät, zu spät als ein einziges Volk in die moderne Geschichte eingetreten. Und heute der Dreißigjährige Krieg, jener blutige Religionkrieg, Wunden geschlagen, die dreihundert Jahre gebraucht, um zu vernarben. Wir waren erst dann in die moderne Geschichte ein als deutsches Volk, als die westeuropäischen Mächte schon hundert Jahre lang die Welt geführt und beherrscht hatten. Wir kamen erst, als die Welt größtenteils verteilt war. Wir hatten und haben es schwerer als die andern Völker. Es braucht eine lange Zeit, bis Völker zur Einheit, zum einheitlichen Handeln und Wollen verkommen sind. Das einzige Deutsche Reich haben wir seit 1871. Um die wirft sich einige deutsche Nation ragen wir noch heute. Nachschichtung hatten wir im Deutschen Reich ein eigenes Land; aber die Bewohner dieses Landes waren nie eins. Jede Schicht lebte für sich. Aber Land kämpfte gegen den andern. Es fehlte ihnen das Köpfer, das Umfassende: der Sinn für die staatsbürgerliche Ge-

Für die Republik

Beilage zur Aufklärung der Wähler und Wählerinnen

Um was wir kämpfen

Von Oskar Edel

Dass wir im 7. Jahre der Republik die Pflicht haben, die Arbeiterklasse aufzurufen, für den Zentrumsmann Marx zu stimmen, damit die Wahl Hindenburgs verhindert wird, bedeutet nicht einen tiefen Trug.

Was bedeutet Hindenburg für Deutschland und das Ausland? Er ist der typischste Vertreter jenes alten, zwar vermoderten, aber dennoch ablebenden Systems des Absolutismus, das kein politisches Eigenleben der „Untertanen“ anerkannte; Hindenburg verkörpert jenes Herrscherregime, dessen ganze Denkweise früherer Jahrhunderte entlehnt ist, das im besten Falle „Fredericus Rex“, den — angeblich — aufgeklärten Despoten, als Ideal verberichtet.

Als 1918 die roten Fahnen über Deutschland flatterten, glaubten nicht nur Absolutisten, daß nun der monarchistische Spuk endlich vertrieben sei. Auch heute, im erklärenden Richte geschichtlicher Erinnerungen, müssen gewiß viele halbe Maßnahmen der Revolution und die Verwirrung, die ihnen folgte, verbucht bleiben auf der Debetseite einer großen Zeitwende, die nicht den gleich arden, einseitigen, ziellosen Willen berufener Volksgenossen fand. Und daß die deutsche Revolution des Jahres 1918 sehr oft die äußeren Formen politischer Verletzung für den Inhalt des revolutionären Prozesses nahm, daß zum Beispiel freies Wahlrecht, parlamentarische Regierung für das Reich, wenn nicht das Einzige, angelehnt, wirtschaftliche, soziale Probleme aber in die gleiche Sorgenlinie einbezogen wurden, war in dem hochkonservativen Deutschland, was es sein mußte: neuer Ausgangspunkt der Entwicklung eines antisozialen oligarchischen Staates, dem mächtige Interessengruppen den Stempel aufdrückten. Den bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 wählte vorberühmte der Drang inne, feudale Wirtschaftsformen zu zwingen, um die Freiheit der kapitalistischen Entwicklung sicherzustellen. Zwar ängstigte auch damals schon die Arbeiterklasse das Bürgertum mit sozialen Forderungen, und aus Furcht vor dem „vierten Stand“ verband sich bereits 1848 in Deutschland ein „revolutionäres“ Stiehbürgertum sogar mit dem Königtum. Aber heute zöht die Arbeiterklasse nach Millionen und sie ist sich ihrer Lage bewußt geworden. Sie kann sich nicht mehr narren lassen. Nicht Freiheit der Ausbeutung, sondern soziale Organisation zur Zügelung der Ausbeutung entspricht ihrem Interesse und ihrem Willen. Dies hat tiefe Bedeutung, sowohl für die möglichen, als auch für die unbedingt nötigen Ziele, die einer Volksbewegung zu Anfang der kapitalistischen Entwicklung und auf ihrem Höhepunkt gestellt sind. Denn der gesellschaftliche Fortschritt müßt sich an erreichbaren Zielen; daß es doch gegen früher besser geworden ist, kann nur ein schwacher Trost sein, wenn mehr erobert werden konnte!

Der Arbeiterklasse mühen keine Illusionen. Darum ist es nicht unwichtig, zu betonen: Friedrich Ebert war zwar noch bis in die jüngste Zeit, ehe ihm ein tragischer Tod übertrif, Präsident Deutschlands, aber er konnte dieses Amt — das ist kein persönlicher Vorwurf — nicht als Sozialist bewahren. Die häßlichen Angriffe der Reaktion auf ihn und das Scheitern jener Idee, die ehemals als Volksgemeinschaft angepriesen wurde, verblüffter sein Wirken in den letzten Jahren. Nun, nach seinem Tode, ist auch offen zu Tage getreten, was sich längst vollendet hatte, was auch nicht anders wäre, wenn Ebert noch lebte: daß einstweilen die Periode abgelaufen ist, in der es der größte Teil des Bürgertums als selbstverständlich anah, daß ein Sozialdemokrat Reichspräsident, Repräsentant des neuen Deutschlands war. Ein Republikaner noch, aber kein Sozialdemokrat soll Reichspräsident sein! So denkt noch ein Teil des Bürgertums. Aber es ist nur noch die Minderheit im bürgerlichen Lager, und es wird des härtesten Kampfes bedürfen, daß wir zusammen mit dieser Minderheit die Mehrheit bei der Volksabstimmung erreichen.

Und eben deshalb, weil ein Blick auf die Entwicklung der Republik beweist, wieviel schon verloren wurde, müssen wir alle Kräfte einengen, damit die Entwicklung nicht noch weiter zurückgeworfen wird. Denn es ist nicht nur eine Ehrensache des deutschen Proletariats, zu verhindern, daß der Kaiser Wilhelm des Großenwahnwitzigen Reichspräsident wird, neben diesen außen- und innerpolitischen Gesichtspunkten ist es klare verständnisgemäße Erwägung, die uns erkennen läßt: Müssen wir nach einer Wahl Hindenburgs alle Kräfte der Arbeiterklasse gegen monarchistische Restaurationsversuche wenden, dann wird es nur um so schwerer sein, endlich den sozialen Fragen in Deutschland, jene alles andere überragende Bedeutung im politischen Kampfe zu geben, die sie beanspruchen.

Weil wir für künftig den Streit um die republikanische Staatsform erledigt wissen wollen, damit eben die wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Mittelpunkt unrer Kämpfe gestellt werden können, weil wir nicht wollen, daß diese politischen Kämpfe in Deutschland in ihren Zielen zunächst um ein ganzes Jahrhundert zurückgeworfen werden, deswegen müssen wir auch jetzt im Wahlkampf mit aller Deutlichkeit erkennen, daß um der republikanischen Einheitskandidatur willen eine Verdrängung unseres Klassenkampfes notwendig nicht eintreten darf. Die soziale Front Schwarz-rot-weiß erhebt uns nicht die rote proletarische Phantazie. Die Arbeiterklasse und erhebt die Kandidatur Marx, weil sie er unterstützen muß, weil sonst ein Monarchist gewählt wird! Trotzdem bleiben wir in unserm künftigen Handeln

frei, und es gereicht jeder fortschrittlichen Bewegung nur zur Ehre, wenn sie ein festliches Ziel mit größter Energie verfolgt. Nicht fortschrittlich ist es, verbißert bei Seite zu stehen, weil mehr erreicht werden soll, aber doch im Augenblick keinerlei Möglichkeit zur Erreichung des Gewollten besteht. Eine fortschrittliche Bewegung muß taktisch beweglich sein; schlimm nur ist es um sie bestellt, wenn sie über Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit ihr Wesen verleugnet. Diese Gefahr ist bei jedem unster taktischen Schritte zu erwägen. Die Gefahr ist auf ein Mindestmaß reduziert, weil wir beachten, wofür wir kämpfen, und unter diesem Gesichtspunkte wird die Parteigenossenschaft Sachsen erneut im Vordergrund der Notwendigkeit gegen die Monarchisten stehen, und es wird uns Ehrensache sein, die Monarchisten diesmal vernichtend zurückzuschlagen.

Der ernsteste Augenblick für die Arbeiterschaft

Was aber tut die kommunistische Leitung?

Die kommunistische Presse hat die Auffassung der Kandidatur Hindenburg mit Recht als die Demaskierung des schwerindustriellen, großagrarischen, monarchistischen Bürgerstums bezeichnet. Sören wir einige kommunistische Stimmen! Die Sächsische Arbeiterzeitung in Leipzig schreibt:

„Neben diesen Kämpfen innerhalb des Reichstages dürfen wir nicht die außerordentliche Gefahr übersehen, die uns die Aufstellung des Reichspräsidenten Hindenburg als Kandidaten setzt. Daß es heute die Bourgeoisie mag, offen die republikanische Waage fallen zu lassen, bedeutet den Anfang der Militärdiktatur, den Übergang zur offenen Diktatur.“

Im Kampfer in Chemnitz ist folgendes zu lesen: „Die Bourgeoisie wirft die Waage ab. Sie verzichtet auf jede Delegation. Offen und brutal schneigt sie der Arbeiter-

Klein-Farres' Glück und Ende.



„Wo wir Sie in den letzten Wochen auch immer hinstellen, in die vorderste politische Kampfbühne oder in die Ecke: stets haben Sie Ihren Mann gefunden, besonders am lehteren Platz. Sie werden im Gedächtnis des deutschen Volkes als getreuer Ede-hart ruhmvoll weiterleben!“

schafft die Prokolation hin: Sie präsentiert den Getreuen Wilhelm, den fünfjährigen Scholaster deutscher Arbeiter als Statthalter für den künftigen Monarchistenstern. Die Republik ist bei ihrer Vollendung angelangt. In ihre Spitze ist im Begriff ihr legimier Sohn zu treten: der Kaiser! Der ernsteste Augenblick für die Arbeiterschaft ist da.“

Was läge also näher, als daß die Leitung der kommunistischen Partei die Worte an ihre Anhänger ausgäbe, in diesem ersten Augenblick nicht teilnahmslos beiseite zu stehen, sondern ihre ganze Kraft für das zunächst erreichbare Ziel einzusetzen und dem Kandidaten der republikanischen Parteien zum Siege über Hindenburg, den Statthalter der Monarchie, zu verhelfen? Wer gerade das politisch Vernünftigste ist von der kommunistischen Parteileitung nicht zu erwarten, und so fordert sie ihre Anhänger auf, ihre Stimmen ganz sinn- und zwecklos zu verschleudern und sie ihrem Splitterkandidaten Thälmann zu geben! Wir sind überzeugt davon, daß die bisher kommunistisch genante Arbeiter dieser Parole der Unvernunft nicht folgen werden.

Warum sollert sich die kommunistische Partei immer mehr von der Masse des Proletariats? Auf der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Exekutiv der kommunistischen Internationale führte Ruth Fischer darüber folgendes aus:

„Obwohl man die Präsidentenwahlen nicht automatisch mit den Reichstagswahlen vergleichen darf, übertrifft die relativ hohe Stimmenzahl der SPD, und die relativ geringe Zahl der kommunistischen Stimmen, die Arbeiter fühlen instinktiv die ständige monarchistische Gefahr.“

Nichts könnte also förchtlicher sein, als sich jetzt der Stimme zu enthalten oder gar für die gänzlich aussichtslose Kandidatur Thälmann zu stimmen. Jede nicht abgegebene Stimme, aber auch jede direkte Unterstützung Hindenburgs, der ernsteste Augenblick für die Arbeiterschaft erfordert die Teilnahme am politischen Leben, erfordert die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf den einen, zunächst erreichbaren Punkt, und das ist die Sicherung der Wahl des Kandidaten der republikanischen Parteien:

Wilhelm Marx!

Sie werden geschäftig

Hindenburg, Wilhelm und der Fürstentongreß

Die Höden, die vom und zum Voebell-Ausschuf gewonnen werden, reichen viel weiter, als die große Mehrzahl der Anhänger der Rechtsparteien auch nur ahnt. Daß die Hohenzollern die Kandidatur Hindenburgs wünschten und durch ihre rührigen Bewusstseisträger unterstützten, ist bekannt. Der alte Feldmarschall unternimmt nichts, wozu nicht der Kaiser und die mehr denn je aktive „Hoffamaria“ ihren Segen erteilt hätte. Die Darstellung, als sei erst nach dem ersten Wahlgang von den deutschnationalen Drobtziehern an Hindenburg gedacht worden, dürfte nicht so ganz stimmen. Gewiß, man hätte auch mit Jarres die Partie gespielt, wenn er im ersten Wahlgang eine überwältigende Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte, aber dieser Deutschvolksparteiler war weder den entscheidenden deutschnationalen Persönlichkeiten, die keine Stärkung der Deutschen Volkspartei und ihres Einflusses wünschten, noch den Interessenvertretern der Hohenzollern besonders erwünscht. Hindenburgs Kandidatur stand in jenen Kreisen längst zur Debatte. Es ist durchaus kein Zufall, daß unlängst in Oesterreich eine Art „Fürstentongreß“ stattfand, auf dem sich die ehemaligen deutschen Monarchen ein heimliches Stelldwedein gaben. Nicht von ungefähr kam diese Tagung der ehemaligen deutschen Fürsten so kurz vor der Reichspräsidentenwahl zustande! Man hatte es vielmehr sehr eilig, die Ausichten zu erörtern, die sich für die Thronanwärter aus einem Siege des Reichstages ergeben könnten. Den Herrschaften war der Gedanke, daß den Hohenzollern vielleicht die Rückkehr auf den Thron ermöglicht und sie selber bei dem Geschäft zu kurz kommen oder leer ausgehen könnten, mehr als unangenehm. Vordem Hohenzollern und Wittelsbach auf ihre „alten Rechte“, so war es nach der Meinung anderer ehemaliger Fürsten an der Zeit, auch die eigenen Ansprüche zu erörtern und die Mittel und Wege zur Wiederherstellung der verschiedenen Monarchien zu besprechen. Sie alle waren überzeugt, daß Jarres den Platzhalter spielen würde, sie alle werden aber sicherlich auch schon an Hindenburg gedacht und gewußt haben, daß er in Bereitschaft stand und daß seine Kandidatur für den Fall, daß Jarres im ersten Wahlgang abblühte, bereits angebahnt war. Die heimliche Zusammenkunft ehemaliger Monarchen auf österreichischem Boden war ein Vorpiel zur Reichspräsidentenwahl und ein Beweis dafür, daß jene Fürsten von einem Siege des Reichstages die Wiederherstellung der im Weltkrieg verkrachten, weil vermoderten Zustände erhoffen. Wieder soll der Bürger Untertan, wieder soll das verriekte Gottesgnadentum, wieder soll der das Volk entehrende alte Obrigkeitsstaat aufgerichtet werden. Mit unter Volk mündig, so wird es im Wohlwille die Reaktion niederzulegen und seine Freiheit durch einen gewaltigen Sieg der Republikaner behaupten.

An die Landbevölkerung!

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, der eine große Zahl von Organisationen der kleinen und mittleren Bauern, der Pächter, Feuerlinge und Siedler umfaßt, veröffentlicht einen Aufruf zur Präsidentenwahl, in dem es heißt:

Von der Person des neuen Reichspräsidenten hängt in hohem Maße die Zukunft des deutschen Landes und des deutschen Landvolkes ab! Den 26. April, der Tag der Reichspräsidentenwahl, ist daher für die ländliche Bevölkerung von ganz besonderer Bedeutung.

Die Entscheidung kann für die Landbevölkerung nicht schwer fallen! Die Weimarer Reichsverfassung gab den deutschen Bauern, Pächtern und Feuerlingen wohl die politische Freiheit und Selbstbestimmung mit den Grundbesitzern, sie brachte ihnen aber nicht die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung. Dies zu erkämpfen bleibt das hohe, unerreichbare Ziel. Nur unter der republikanischen Staatsform kann die mittel- und kleinhäuerliche Bevölkerung auf Erfüllung ihrer Wünsche nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Selbständigkeit hoffen; das haben die Verhältnisse im kaiserlichen Deutschland der Vorkriegszeit und Kriegszeit zur Genüge gelehrt, das beweisen uns vor allem die zahlreichen Beispiele der jungen deutschen Republik zum Schutze und zur Förderung des Kleinbauernbesitzes!

Wilhelm Marx gilt Republikaner aus innerster Überzeugung. Er besitzt ein tiefgehendes Verständnis für die Bedürfnisse und Bestrebungen der ländlichen Bevölkerung. Als Reichstingler und als preussischer Ministerpräsident hat er sich mit aller Energie für die Förderung der ländlichen Siedlung eingesetzt. Seine eheliche und aufrichtige deutsche Art bürgt und dafür, daß er sich auch als Reichspräsident mit aller Kraft für die Interessen des Landvolkes einsetzen wird.

Was aber hat die Landbevölkerung von Hindenburg zu erwarten? Hindenburg ist nach eigenem Geständnis Soldat und nur Soldat, Politik und Wirtschaft sind ihm fremd. In diesen Dingen ist er ganz auf den guten oder schlechten Rat seiner Ratgeber angewiesen, wie einst zu Deutschland Unglück das kaiserliche Oberhaupt des Deutschen Reiches. Seine Ratgeber aber sind die Führer des Reichslandbundes, die Großgrundbesitzer und Junker Ostpreiens, mit denen er durch Geburt und Erziehung, durch verwandtschaftliche und gesellschaftliche Verbindungen aufs engste verknüpft ist. Seine Ratgeber sind also dieselben Personen, die sich stets als die schärfsten Gegner der Bestrebungen der deutschen Bauern, Pächter und Feuerlinge gezeigt haben! Mit Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten würden alle Zukunftshoffnungen der deutschen Landbevölkerung zu Grabe getragen werden!

Darum wird die deutsche ländliche Bevölkerung einmütig und geschlossen am 26. April ihre Stimme erheben für den verständvollsten Vertreter des deutschen Landvolkes Wilhelm Marx!

Reichsverband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe

Bezirksverband Ostfachsen

In der Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes Ostfachsen vom 16. April wurden neben der Behandlung der Präsidentenwahl, der Änderung der Gemeindefachverwaltung, auch die Ausschüsse der Fraktionsmitglieder behandelt, die im Bezirk Ostfachsen wohnen, aber von anderen Bezirken ihr Mandat erhalten hatten. Es sind dies die Genossen Ministerpräsident Heide, Landtagspräsident Rintler, Landtagsabgeordneter Heide und G. H. H. Mit 27 gegen 1 Stimme wurde dem Ausschluß aus der Partei zugestimmt.

Schließlich wurde mit derselben Stimmenzahl der Genosse Heinrich Schmetzler, der Leiter des Sozialdienstes, wegen fortgesetzten parteischädigenden Treibens, das sich namentlich in der Organisation und Einberufung von Sonderaufzügen zeigte, aus der Partei ausgeschlossen.

Der Bezirksverband der SPD, Ostfachsen.

Sachsen

Sächsischer Industriellen-Tagung

Am Seiden von Schwarzweitzrat

Der Verband Sächsischer Industrieller hielt am Sonnabend in Dresden in den Räumen des sächsischen Ausstellungsgeländes seine diesjährige Hauptversammlung ab, an der auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadt Dresden, Mitglieder des Reichstages und des Sächsischen Landtages, der Vereinigung der Arbeitgeberorganisationen, des Verbandes usw. teilnahmen. Das Tagungsgelände wies Schwarzweitzrat als Hauptredner auf, gegenüber den eingeladenen sozialistischen Ministern, Parlamentariern usw. mindestens eine große Tatkraft, auch wenn es richtig sein sollte, daß diese Sozialdemokratie nicht eigens für diese Veranstaltung bestanden worden, sondern bereits vorhanden gewesen sein soll. Die Rücksicht auf ihre Güte hätte dann eben die Verhandlung derart anstellen müssen, auf ihre Entzerrung zu drängen. In Wirklichkeit war aber dieser Sozialismus durchaus willkommen, doch nur die wahre Bekämpfung des Unternehmertums zum Ausdruck, das sich bekanntlich noch immer nach dem wilhelminischen Zeitalter zurücklehnt.

Der Vorsitzende, Industrieller Otto Moros, Jüttau, bemerkte in seiner Eröffnungsansprache mit Genugtuung, daß gegenwärtig eine gewisse außenpolitische Entspannung eingetreten ist. Das genügt nicht als Weckruf der dem Verband nachstehenden politischen Arbeit, sondern vielmehr auf das Konto der auf die Verbesserung der Volkswirtschaften unermüdbaren Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie zu setzen ist. Trotzdem lösen die Launen des Tages (Wirtschafts) als ein schwerer Druck auf die Wirtschaft und die Zusammenfassung der organisatorischen Kräfte der sächsischen Industrie sei noch vor die chemie notwendige wie dringende Förderung des Tages. Die Industrie habe, was an ihr lag, versucht, sich in die neuen Verhältnisse einzufügen und das Maß der Produktion wieder in schnelleren Gang zu bringen. Man sei aber noch unendlich weit davon entfernt, Produktionshöhe und Exportumfang des Jahres 1913 zu erreichen. Die Steigerung der Produktion habe nur ein langsames Tempo für die Höhe unserer Verpflichtungen. Das in dieser Richtung besonders hart hindere, seien Arbeitsnot und Kapitalknappheit.

Tann sagte Herr Moros über den über alles Maß hinausgehenden

Steuerdruck

der seit 1 1/2 Jahren der Industrie rücksichtslos große Summen entzieht, die sonst für die Betriebe oder zur Finanzierung des Exports verwendet werden könnten. In dieser Richtung werde den deutschen Wünschen und Interessen der Wirtschaft noch zu wenig Beachtung geschenkt. Nicht weniger ernste Sorge verurteilte die Erkenntnis, wie hart die Weltwirtschaftskrise die deutsche Industrie auf dem Auslandsmarkt gesunken sei. Produktionsfälle manchen auf den Export von Waren, die in der Welt freigelegt gangbare Exportartikel gewesen sind, überhaupt unendlich. Dazu kommt, daß nun sogar auf dem deutschen Inlandmarkt der ausländische Wettbewerb in hohem Maße sichtbar wurde. Wenn der Exportüberblick in der Weise weitersteige, so müsse man 1926 mit einer

positiven Handelsbilanz von fast Milliarden Mark rechnen. Daher erscheine schon die positive Handelsbilanz von 1924 mit 2,7 Milliarden Mark eine schwere Beschädigung unserer Wirtschaft. Es müßte daher mit allen Kräften eine Neuordnung unserer Handelspolitik angestrebt werden. Für die Förderung des Exports dränge man ferner eine Verbilligung der Produktion und Verbilligung der Preise. Selbstverständlich verlangt Herr Moros auch den Neuaufbau des Steuerrechts, der den Wünschen der Industrie Rechnung trägt.

An einer anderen Stelle seiner Rede sagte Herr Moros wortlos: Was ohne schwere Bedenken mühen wie auch sagen, daß eine weitere Verschärfung der Produktionssteuern dadurch droht, daß eine über die ganze Industrie sich ausbreitende Lohnbewegung zu einer

Schief-Levinche mit seiner Kasse oder Polnische Wirtschaft

Ein komischer Roman von Hermann Schiff

Aber sie verlangte ein unmittelbares und augenblickliches Einsehen, und das konnte der Bürgermeister heute nicht ohne einen Gewaltstreik zu beachten, wartete er aber bis morgen, so fragte sich, ob die Geiligkeit am Sonntag noch die Mühsamkeit und Schonung beibehalten würde, welche sie am Sonnabend gezeigt hatte. Ob sie nicht gar etwa gewonnen sei, auf allen Mängeln des Kreuzes gegen die Juden zu predigen, welche in der Rabbinerstadt neuerdings wieder Jesus Christus gekreuzigt hätten. — Alle daraus er folgenden Unordnungen und Ersesse fielen dann dem Bürgermeister zur Last, und die Geiligkeit hatte sich gedehnt, indem sie die schäbige Anzeiger gemacht. Auf der Kanzel konnte sie tun, was sie wollte, und war niemandem Rechenschaft schuldig.

Gedanken mußte also etwas, denn heute war noch alles in seinen Händen, und er kannte das Verfahren der Geiligkeit, die niemals geradezu handelt, sondern allmählich und mit Umwegen ihre Zwecke verfolgt. Sie hört, richtet Bemerkungen an, sieht im trübem und gewinnt so einen Vorteil nach dem andern, bis sie ganz unmerklich zum Ziel gelangt ist.

Dah sie ihre Rede mit dem Mädchen hatte, war augenblicklich. — Welchen, blieb sich ihm ganz gleich.

Allein gibt man der Geiligkeit einen Finger, so verlangt sie die ganze Hand. Sie hatte das Bild der Jüdin, also wollte sie ihre Person auch haben. Im Judenquartier, bei ihren Eltern, war sie ungenügend für alle Belohnungsversuche; man nahm daher keine Rücksicht zum Bürgermeister; er sollte dem Missionarshandwerk der Geiligkeit Vorkurs leisten und ihr die Jüdin in die Hände liefern, damit sie dieselbe nach ihren Zwecken bearbeiten könnte.

Unter solchen Umständen zog der Bürgermeister vor, einen Gewaltstreik zu begehen und des Sabbats ungeachtet die Juden vorzuladen. — Haben sie am Sabbat Ersesse begangen, dachte er. So können sie auch am Sabbat vor Gericht erscheinen. Er schickte also keine Gerichtsdienere zu dem Rabbi und der Rabbinin, denn reichen Israel und Schief-

Levinche mit dem Bedenken, sie müßten heute erscheinen, und wenn schonmal Schabbas wäre. —

Die beiden letzteren erboten sich vom Rabbi die Erlaubnis dazu, um nicht der Bürgermeister nicht zu erzürnen, und stellten sich ein. Der Rabbi aber berief sich auf den Schwurbrief und gab zur Antwort, er wisse, was er dem Bürgermeister schuldig sei, allein er wisse auch, was Gott, der Herr Jehooth, von ihm verlange. Seine Religion gestatte ihm nicht, am Schabbas vor Gericht zu erscheinen; bestände der Herr Bürgermeister aber dennoch darauf, so möge er ihn mit der Wache holen lassen. Der Gewalt könne er nicht widerstehen. —

„Deshalb besser!“ dachte der Bürgermeister. „So lasse ich ihn mit der Wache holen. Da ich erkennen bin, nichts auszurufen, kann es nicht schaden, wenn ich großen Eifer an den Tag lege.“

Er schickte also einen Kutscher mit vier Mann Scharwachtern nach dem Judenquartier. —

Die Juden kamen eben aus der Synagoge, als sie ihren Rabbi, der heute wieder beim Gottesdienst gefehlt hatte, und sogar ihre Rabbinin als Arrestanten fortführen sahen, und der Anblick, den dies veranlaßte, war so groß, daß sich die Straßen verengten, die Wachen nicht vorwärts konnten, ihre Zeitenbewehrten zogen und die Arrestanten in die Mitte zerrückten.

Allein der Rabbi schrie: „Was wollt ihr tun? Macht Platz! Im Gottesdienst macht Platz! Seht ihr nicht die blauen Zügel? Nehmt euch in acht, sonst schickt der Bürgermeister Kavallerie. Weisgelehrter! Kavallerie! Denn ein Soldat mit einem blauen Zügel ist noch vernünftig, aber ein Pferd überreißt euch gleich.“

Man gab endlich Raum, und der Rabbi und die Rabbinin wurden fortgeführt. Aber die Juden knirschten und stüßten über diese Behandlung, und ihre Wut hätte sich leicht wieder auf Marianne richten können, welche, wie es schien, dazu bestimmt war, auf die unschuldigste Weise die entgegengesetzten Parteien zu veranlassen.

II

Eine Gerichtsszene

Der Bürgermeister ließ alle vier auf einmal vor. Er mußte, reiche Juden zittern schon, wenn sie vor Gericht stehen,

und wenn man sie anschaute, kamen sie vor Angst kaum die Wahrheit bekennen.

Als sie eintraten, nahm der Rabbi seine Pelzmütze ab und setzte sich ein molasses Kapschen auf mit der Entschuldigungs, daß seine Religion ihm nicht erlaube, barhäuptig einzugehen. Dann hat er um die Erlaubnis, den üblichen Segen über seine Obrigkeit zu sprechen.

„Tue Er, was ihm Seine Religion vorschreibt!“ befahl der Bürgermeister. „Ich bin nicht der Feind meines Volkes, und überhaupt können sich die Juden nicht über Unbilligkeit von unsrer Seite beklagen. Ist der Jude fromm, so lassen wir ihn beten; ist er rechtschaffen wie Israel, so respektieren wir ihn; ist er listig wie Schief-Levinche, so lassen wir mit ihm, und — er warte sich an die Rabbinin. — Ist eine Jüdin schön, so machen wir sie, machen ein Selbstbild daraus, betreiben unsre Indacht davor und führen uns den Teufel darum, ob sie eine Jüdin ist oder eine heilige Jungfrau.“

Sie fiel ihm die Rabbinin ins Wort: „Herr Bürgermeister, das ist ja das Unglück! das ist eben das Unglück!“

„Schweige Sie, bis Sie gefragt wird!“

„Was tun Sie damit, Herr Bürgermeister, ich wollte, meine Tochter wäre nicht schön.“

„Will Sie nicht schweigen? — Sie steht vor Gericht. Ich habe Sie nicht zum Stäffer hergebeten.“

Er fuhr fort: „Ihr Juden verlangt von uns religiöse Duldung. — Gut! — Aber daselbst verlangen wir auch von euch. — Was löstet ihr also unsre heilige Jungfrau Maria? — Ihr Juden verlangt von uns Eiderheit des Lebens und des Eigentums. — Aber ist der Jude unter Juden seines Lebens sicher, wenn er anders denkt? — Wie die reichenden Wölfe laßt ihr über ein mehreres Mädchen her um, verfolgt sie menschenlich, weil sie ihren Glauben ändern will. Die Mutter zerträt ihr das Gesicht; der Vater sperrt sie ein und läßt sie hungern; und ihr beiden andern gewinnt die Eltern, so unarmherzig mit ihrer Tochter unzugehen; denn der Rabbi hat keine fünfzig Taler, um sie an Israel zu zahlen, falls keine Tochter Schief-Levinche nicht nimmt. Sie muß also Jüdin bleiben, weil Siefert-Levinche sie heiraten will.“

(Fortsetzung folgt.)

quertchen könnte, bringen wir beide ganz sicher, wenn eine Kapelle in der Nähe wäre, dort hinein, um uns zu retten.“

„Adolf Hoffmann an den Papst“

Unter dieser Überschrift, die das hiesige kommunistische Blatt beim Nachdruck des Gedichtes in „Werte an den Papst“ abwandelt, brachte die Note folgende Verse:

Heiliger Vater, sei mir gnädig!
Reine Schuld ist riesengroß.
Bin ein Satanskind, ein Papst,
Bin der Lehngelobteher:
Nimm mich auf in deinen Schoß!
Wie ein Englein will ich singen:
„Gottanna, Gottes Namen!“
Sieh, hier liegt ich auf dem Amie!
Sprich das Wort: „Dir sei verziehen!“
Pater Narg, dich mög' ich Amen!

Darauf antwortet

Adolf Hoffmann an das Moskauer „Kontinac“

Heilige Kusch! Du hast's erreicht,
Als du uns den Thälmann gabst,
Hindenburgs Gebärmutter!
Jehmmilken Kanonenfutter!
Da wählt Hoffmann selbst den Papst.
Rock Stanker,

Ein Beispiel

Am Hause der Dresdner Volkszeitung befindet sich ein Schaufenster, in dem täglich die neueste Ausgabe unseres Blattes ausgehängt wird. Vor diesem Schaufenster bilden sich oft Debattierclubs, in denen die brennenden Tages- und Zeitfragen — meist ruhig und sachlich, mitunter aber auch mit leidenschaftlicher Anteilnahme — verhandelt werden. In diesen Tagen steht natürlich die Wahl des Reichspräsidenten zur ausschließlichen Diskussion. Die großen Reden, die die Zeitung veröffentlicht, geben den Stoff her. Am Sonnabend mittag geriet ein Genosse dort in eine solche politische Privatversammlung. Der Hauptredner, d. h. jener, der am lautesten sprach, war ein älterer Mann, ein Arbeiter, der seine Meinung über die Kandidatur Marx zum besten gab.

„Ja — nu sagt mal,“ rief er aufgeregt, „wen soll man also wählen? Im ersten Wahlgang habe ich für Otto Braun gestimmt. Das war mein Mann! Das war ein Sozialist — ein Freidenker. Nun aber ist Marx aufgestellt — ein Zentrumsmann. Was kann ich als überzeugter Freidenker einen Katholiken wählen?“

„Sind Sie Parteigenosse?“ fragte ihn der Genosse.

„Natürlich!“ rief er aus.

„Dann müßten Sie doch wissen, wen Sie zu wählen haben!“ sagte der Genosse. „Aus allen wäre ein Genosse auch lieber gewesen. Aber sollen unter 8 Millionen Stimmen verloren sein in diesem Kampfe gegen die 12 Millionen des Reichsblocks. Hindenburg ist, wie die Dinge liegen, nur durch die gemeinsame Front der Republikaner zu schlagen, aber — leider — nicht durch die Sozialdemokratie allein. Darum hat die Partei sich für Marx entschieden.“

„Das ist mir egal! Ich bin Freidenker, und für einen Katholiken stimme ich nicht!“

„Sie sollen auch nicht für den Katholiken Marx, sondern für den Republikaner Marx stimmen! Es geht hier nicht um die Religion und die Partei, sondern um den Bestand der Republik!“

„Aber ich bin Freidenker!“

„Wen wollen Sie denn als Freidenker wählen? Etwas den monarchistischen Protektanten Hindenburg?“

„Nein — den auch nicht!“

„Dann also doch lieber den republikanischen Zentrumsmann?“

„Nein!“ rief der Alte. „Ich bin Freidenker!“

Die aufgesetzte Debatte ging noch weiter. Der Mann war nicht zu bekehren. Er wird vielleicht überhaupt nicht wählen gehen, und seine fehlende Stimme wird Hindenburg zugute kommen.

Oder er wird auf seinen Stimmzettel irgendeinen Namen schreiben, so daß seine Stimme ebenfalls verloren ist.

Ist das ein „Freidenker“, dessen Denken so engherzig, so kurzichtig ist?

Wer seine Stimme nicht dem Republikaner Marx gibt, der wählt Hindenburg, ob er der Wahl nun fernbleibt oder nicht!

Stimmenversetzung ist ein Verbrechen am Volk!

Wißglückte Hindenburgklame

Im tristen Gegenlatz zu der ruhig und würdevoll verhaltenen republikanischen Ausdeutung im Blick stand eine ander Betastaltung, die am Sonntag vormittag gleichfalls im Zirkus von den Hindenburgklamen abgehalten wurde. Beim Anblick der schwarz-

und wenn man sie anschaute, kamen sie vor Angst kaum die Wahrheit bekennen.

Als sie eintraten, nahm der Rabbi seine Pelzmütze ab und setzte sich ein molasses Kapschen auf mit der Entschuldigungs, daß seine Religion ihm nicht erlaube, barhäuptig einzugehen. Dann hat er um die Erlaubnis, den üblichen Segen über seine Obrigkeit zu sprechen.

„Tue Er, was ihm Seine Religion vorschreibt!“ befahl der Bürgermeister. „Ich bin nicht der Feind meines Volkes, und überhaupt können sich die Juden nicht über Unbilligkeit von unsrer Seite beklagen. Ist der Jude fromm, so lassen wir ihn beten; ist er rechtschaffen wie Israel, so respektieren wir ihn; ist er listig wie Schief-Levinche, so lassen wir mit ihm, und — er warte sich an die Rabbinin. — Ist eine Jüdin schön, so machen wir sie, machen ein Selbstbild daraus, betreiben unsre Indacht davor und führen uns den Teufel darum, ob sie eine Jüdin ist oder eine heilige Jungfrau.“

Sie fiel ihm die Rabbinin ins Wort: „Herr Bürgermeister, das ist ja das Unglück! das ist eben das Unglück!“

„Schweige Sie, bis Sie gefragt wird!“

„Was tun Sie damit, Herr Bürgermeister, ich wollte, meine Tochter wäre nicht schön.“

„Will Sie nicht schweigen? — Sie steht vor Gericht. Ich habe Sie nicht zum Stäffer hergebeten.“

Er fuhr fort: „Ihr Juden verlangt von uns religiöse Duldung. — Gut! — Aber daselbst verlangen wir auch von euch. — Was löstet ihr also unsre heilige Jungfrau Maria? — Ihr Juden verlangt von uns Eiderheit des Lebens und des Eigentums. — Aber ist der Jude unter Juden seines Lebens sicher, wenn er anders denkt? — Wie die reichenden Wölfe laßt ihr über ein mehreres Mädchen her um, verfolgt sie menschenlich, weil sie ihren Glauben ändern will. Die Mutter zerträt ihr das Gesicht; der Vater sperrt sie ein und läßt sie hungern; und ihr beiden andern gewinnt die Eltern, so unarmherzig mit ihrer Tochter unzugehen; denn der Rabbi hat keine fünfzig Taler, um sie an Israel zu zahlen, falls keine Tochter Schief-Levinche nicht nimmt. Sie muß also Jüdin bleiben, weil Siefert-Levinche sie heiraten will.“

(Fortsetzung folgt.)

